

## **BFH – Anhängige Verfahren**

### ■ **AO § 129:**

Einlagekonto, Berichtigung, Offenbare Unrichtigkeit

**Bundesfinanzhof Az: VIII R 33/21**

Ist die Korrektur eines Steuerbescheids nach § 129 AO ausgeschlossen, wenn bei Erlass des Bescheids dessen Fehlerhaftigkeit erkennbar ist, eine Berichtigung aber weiterer Sachverhaltsaufklärung oder der Prüfung des Vorliegens der Voraussetzungen einer für die Wertermittlung relevanten Norm bedarf?

### ■ **AO § 174:**

Grunderwerbsteuer, Schenkungsteuer, Bemessungsgrundlage, Doppelbesteuerung, Änderungsmöglichkeit

**Bundesfinanzhof Az: II R 11/24**

Inwieweit ist ein Bescheid über Grunderwerbsteuer, die nach dem vereinbarten Kaufpreis bemessen wurde, wegen widerstreitender Steuerfestsetzungen zu ändern, wenn der Empfang der Gegenleistung beim Leistungsempfänger seinerseits eine Besteuerung wegen Schenkungsteuer ausgelöst hat?

### ■ **AO § 59:**

Gemeinnützige Zwecke, Mildtätigkeit, Satzung, Vermögensbindung, Steuerbegünstigte Verwendung

**Bundesfinanzhof Az: V R 10/24**

Durch welche Formulierung(en) wäre die Satzung einer gemeinnützigen und mildtätigen Körperschaft hinsichtlich des Kriteriums der Vermögensbindung als steuerbegünstigt anzusehen?

### ■ **BewG § 181 Abs 4:**

Grundbesitzwert, Gutachterausschuss, Tatsächliche Verhältnisse, Bebauung, Sachwertverfahren, Bodenrichtwert

**Bundesfinanzhof Az: II R 7/24**

Ist bei der Ermittlung des Bodenwerts auf die laut Bebauungsplan maximal zulässige Geschossflächenzahl oder auf die tatsächliche Bebauung abzustellen, wenn das zu bewertende Gebäude unter den sogenannten Bestandsschutz fällt?

### ■ **BewG § 198:**

Grundbesitzwert, Gutachten, Gemeiner Wert, Zulässigkeit, Formvorschrift

**Bundesfinanzhof Az: II R 14/24**

Kann auch nach Inkrafttreten des Grundsteuerreform-Umsetzungsgesetzes für Bewertungsstichtage bis 22.07.2021 nur mit Gutachten öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger der Nachweis des niedrigeren gemeinen Werts geführt werden?

■ **BewG § 97:**

Gesonderte Feststellung, Schenkung, Anteilsübertragung, Gutachten, Verfahrensmangel

**Bundesfinanzhof Az: II R 10/24**

Sind für Erbschaft- und Schenkungsteuerzwecke auch die Ertragsaussichten des übertragenen Betriebsvermögensanteils abweichend vom hypothetisch tatsächlich geschuldeten Kaufpreis zu berücksichtigen?

■ **EStG § 10 Abs 1 Nr 1a:**

Sonderausgabe, Versorgungsleistung, Vermögensübergabe

**Bundesfinanzhof Az: X R 6/24**

Fehlt es am erforderlichen Rechtsbindungswillen hinsichtlich der in einem Vermögensübergabevertrag --neben einem vertragsgemäß durchgeführten Wohnrecht-- vereinbarten monatlichen Barleistungen, wenn diese in den ersten neun Jahren nicht erbracht werden, sie aber nach einer erfolgreichen Zivilklage der Berechtigten ab dem zehnten Jahr gezahlt werden?

■ **EStG § 10b Abs 1a:**

Spende, Großspende, Stiftung, Bestandskraft, Grundlagenbescheid

**Bundesfinanzhof Az: X R 2/24**

Kann nach Bestandskraft des Einkommensteuerbescheids, in dem eine geleistete Vermögensstockspende mangels Geltendmachung nicht berücksichtigt wurde, noch ein erstmaliger Bescheid über die gesonderte Feststellung des verbleibenden Spendenvortrags für die Vermögensstockspende (§ 10b Abs. 1a Satz 4 i.V.m. § 10d Abs. 4 EStG) erlassen werden?

■ **EStG § 22 Nr 1 S 3 Buchst a:**

Rente, Portugal, Rechtsanwalt, Nachträgliche Einkünfte, Rückfallklausel, Quellenstaat

**Bundesfinanzhof Az: X R 1/24**

1. Sind Rentenzahlungen, die ein früherer Freiberufler aus einem berufsständischen Versorgungswerk erhält, für Zwecke des DBA Portugal als Einkünfte aus selbständiger Arbeit (Art. 14 DBA Portugal) oder als nicht im DBA behandelte Einkünfte (Art. 22 DBA Portugal) anzusehen? 2. Ist die in Art. 22 Abs. 1 Satz 2 DBA Portugal enthaltene Rückfallklausel (Subject-to-tax-Klausel) dahingehend auszulegen, dass das Besteuerungsrecht für aus Deutschland gezahlte Renten, das grundsätzlich beim Ansässigkeitsstaat (hier: Portugal) liegt, an Deutschland zurückfällt, wenn es sich beim Steuerpflichtigen um eine neu nach Portugal zugezogene Person handelt, die dort den Status eines "residente nao habitual" hat und daher mit ihren Renteneinkünften in den ersten zehn Jahren einem Steuersatz von 0 % unterliegt?

■ **EStG § 24 Nr 2:**

Insolvenz, Betriebsaufgabe, Nachträgliche Betriebseinnahme, Forderung

**Bundesfinanzhof Az: X R 4/24**

Ertragsteuerliche Behandlung von Ansprüchen aus der Insolvenzanfechtung nach Betriebsaufgabe: Sind Einnahmen aus der Insolvenzanfechtung nach einer Betriebsaufgabe

bereits in der Aufgabebilanz als Forderungen zu bilanzieren oder als nachträgliche Betriebseinnahmen zu erfassen?

■ **EStG § 2a Abs 3:**

Verlustabzug, Betriebsstätte, Ausland, Gesonderte Feststellung, Bindungswirkung

**Bundesfinanzhof Az: I R 8/24**

Welche Bindungswirkungen für die Besteuerung nach § 2a EStG i.d.F. vom 16.04.1997 ergeben sich aus einem Bescheid über die gesonderte und einheitliche Feststellung?

■ **EStG § 32 Abs 4 S 2:**

Ausbildung, Kindergeld

**Bundesfinanzhof Az: III R 7/24**

Kann eine wenige Wochen bis Monate dauernde Ausbildung bzw. Qualifikation (hier: zur Rettungssanitäterin) zum "Verbrauch" der Erstausbildung nach § 32 Abs. 4 Satz 2 EStG führen und stellt § 9 Abs. 6 Satz 2 EStG eine - auch für das Kindergeldrecht geltende - Mindestdauer als Voraussetzung für die Erstausbildung auf?

■ **EStG § 32 Abs 4 S 2:**

Ausbildung, Kindergeld, Dauer

**Bundesfinanzhof Az: III R 14/24**

Kann eine wenige Wochen bis Monate dauernde Ausbildung bzw. Qualifikation (hier: zur Rettungssanitäterin) zum "Verbrauch" der Erstausbildung nach § 32 Abs. 4 Satz 2 EStG führen und stellt § 9 Abs. 6 Satz 2 EStG eine - auch für das Kindergeldrecht geltende - Mindestdauer als Voraussetzung für die Erstausbildung auf?

■ **EStG § 32 Abs 6 S 9:**

Betreuung, Ausbildung, Freibetrag, Widerspruch, Übertragung

**Bundesfinanzhof Az: III R 2/24**

Zurechnung von Betreuungsleistungen Dritter: Können einem Elternteil (ohne sein Zutun erbrachte) Betreuungsleistungen anderer Familienangehöriger (hier: Großeltern) zugerechnet werden, mit der Folge, dass dieser Elternteil der Übertragung des BEA-Freibetrags auf den anderen Elternteil widersprechen kann?

■ **EStG § 4 Abs 4:**

Fremdvergleich, Nahe Angehörige, Nichteheliche Lebensgemeinschaft, Vertrag

**Bundesfinanzhof Az: X R 5/24**

Sind die für Verträge zwischen nahen Angehörigen geltenden Grundsätze des Fremdvergleichs auch auf Verträge zwischen den Partnern einer nicht-ehelichen Lebensgemeinschaft anzuwenden?

■ **EStG § 4 Abs 4a:**

Überentnahmen, Schuldzinsen, Kürzung, Typisierung, Verfassung

**Bundesfinanzhof Az: IV R 8/24**

Verstößt die typisierte Berechnung der nicht abziehbaren Schuldzinsen mit 6 % der Überentnahmen angesichts des strukturellen Niedrigzinsniveaus gegen den allgemeinen Gleichheitssatz und das Übermaßverbot? Verstößt der Ausschluss von Schuldzinsen für Darlehen zur Finanzierung von Anlagevermögen, nicht hingegen von Umlaufvermögen (Waren eines Handelsunternehmens) von der Hinzurechnung gegen den Gleichheitssatz? Ist im Streitfall von der Anwendung des § 4 Abs. 4a EStG insgesamt abzusehen, weil bei dessen Einführung das positive Kapital der Gesellschafter in der Gesellschaft eingefroren wurde?

■ **EStG § 4i S 1:**

Sonderbetriebsausgabe, Auslandsbezug

**Bundesfinanzhof Az: I R 58/23**

Liegt im Fall der vollkonsolidierenden Gruppenbesteuerung nach niederländischem Recht (sogenannte "fiscale eenheid"), bei der die gruppeninternen Transaktionen unberücksichtigt bleiben, eine Minderung der Steuerbemessungsgrundlage im Sinne des § 4i Satz 1 EStG vor?

■ **EStG § 62 Abs 1 Nr 1:**

Differenzkindergeld, Kinderzulage, Schweiz, Kindergeld

**Bundesfinanzhof Az: III R 37/23**

Kommt es bei der Ermittlung des Differenzkindergelds zwischen der Schweiz und Deutschland allein auf den Vergleich des deutschen Kindergelds mit der Schweizer Kinderzulage an oder ist die tatsächlich zugeflossene (Netto)Leistung mit der Höhe des deutschen Kindergelds zu vergleichen, da die Schweizer Kinderzulage mit dem individuellen Steuersatz des Berechtigten zu versteuern ist? Vorrangiger Anspruch auf Familienleistung, wenn Leistungen nach den Rechtsvorschriften mehrerer Mitgliedstaaten zu gewähren sind?

■ **EStG § 62 Abs 1a S 3:**

Kindergeld, Freizügigkeit, Unionsrecht

**Bundesfinanzhof Az: III R 8/24**

Ist § 62 Abs. 1a Satz 3 EStG auch insoweit unionsrechtswidrig, als dass sich rechtmäßig im Bundesgebiet aufhaltende Unionsbürger ohne eigene Einkommenssicherung nach den ersten drei Monaten Aufenthalt im Bundesgebiet vom Bezug von Kindergeld ausgeschlossen sind?

■ **EStG § 92a Abs 1 S 1 Nr 1:**

Darlehen, Altersvorsorgezulage, Gesamtrechtsnachfolge, Anschaffung

**Bundesfinanzhof Az: X R 3/24**

Darlehensstilgung nach einer Erbschaft als wohnungswirtschaftliche Verwendung: Liegt eine wohnungswirtschaftliche Verwendung zur Tilgung eines Darlehens, welches der Kläger im Wege der Gesamtrechtsnachfolge übernommen hat, vor, auch wenn durch die Übernahme eines Darlehens als Nachlassverbindlichkeit keine entgeltliche Anschaffung der finanzierten Wohnung durch den Erben begründet wird?

■ **FGO § 52d S 2:**

Zulässigkeit, Klage, Formvorschrift, Elektronische Übermittlung, Signatur

**Bundesfinanzhof Az: VII R 4/24**

Elektronische Übermittlung von Schriftsätzen einer bevollmächtigten Steuerberatungsgesellschaft mbH bei Nichtnutzung des beSt-Postfachs der Gesellschaft:

Ist für die wirksame Einreichung von Schriftsätzen (hier: einer Klage) der gesetzliche Wortlaut von § 52a Abs. 3 Satz 1 FGO "von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg eingereicht" dahingehend zu verstehen, dass das elektronische Dokument von der verantwortenden Person signiert und auf dem sicheren Übermittlungsweg der verantwortenden Person bei Gericht eingereicht werden soll? Muss im Falle einer einfachen elektronischen Signatur die als Absender ausgewiesene Person mit der das Dokument verantwortenden Person identisch sein?

■ **GrEStG § 1 Abs 2a:**

Grunderwerbsteuer, Anteilsvereinigung, Mittelbare Beteiligung

**Bundesfinanzhof Az: II R 5/24**

Kommt es für die Tatbestandsverwirklichung des § 1 Abs. 2a GrEStG a.F. und somit bei der Frage, ob es sich bei einer mittelbaren Beteiligung um einen neuen oder einen Altgesellschaftler handelt, darauf an, ob der Erwerb der mittelbaren Beteiligung bereits einen Grunderwerbsteueratbestand verwirklicht hat?

■ **GrEStG § 1 Abs 3a:**

Grunderwerbsteuer, Anteilsvereinigung, Steuerbefreiung, Verwandtschaftsverhältnis, Nichterhebung

**Bundesfinanzhof Az: II R 6/24**

Ist bei einem Erwerbsvorgang im Sinne des § 1 Abs. 3a GrEStG die Steuerbefreiungsvorschrift § 3 Nr. 6 GrEStG in Verbindung mit der Vorschrift der Nichterhebung der Steuer gemäß § 6 Abs. 4 GrEStG zu prüfen, mit der Folge, dass § 6 Abs. 4 Nr. 1 GrEStG der Befreiung bzw. Nichterhebung entgegenstehen kann?

Können dem Anteilserwerber über § 3 Nr. 6 Satz 1 GrEStG im Rahmen der Prüfung der Nichterhebung der Grunderwerbsteuer gemäß § 6 Abs. 2 GrEStG nur Vorbesitzzeiten von mit ihm in gerader Linie verwandten Personen zugerechnet werden?

■ **StromStG § 9a Abs 1 Nr 1:**

Stromsteuer, Produzierendes Gewerbe, Steuerentlastung

**Bundesfinanzhof Az: VII R 6/24**

Stromsteuerentlastung für die Elektrolyse: Ist das sogenannte Lichtbogenverfahren zur Herstellung von Acetylen ein Verfahren der Elektrolyse im Sinne des § 9a Abs. 1 Nr. 1 des Stromsteuergesetzes?

■ **StromStG § 9b:**

Stromsteuer, Energiesteuer, Steuerentlastung, Unternehmen

**Bundesfinanzhof Az: VII R 7/24**

Stromsteuerentlastung und Energiesteuerentlastung für das Jahr 2017 - Qualifizierung einer Kommanditgesellschaft als "Unternehmen in Schwierigkeiten": 1. Ist für die Anwendung von Art. 2 Nr. 18 Buchst. b der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 (AGVO) bei erfolgter Bilanzänderung auf die Werte im geänderten Jahresabschluss abzustellen? Erfolgt die Bewertung der wirtschaftlichen Lage eines Unternehmens für die Zukunft aufgrund von in den Geschäftsbüchern ausgewiesenen Eigenmitteln für vergangene Zeiträume, sodass der Jahresabschluss zum Bilanzstichtag vor Antragstellung heranzuziehen ist? 2. Ist für die Qualifizierung der Eigenmittel im Sinne des Art. 2 Nr. 18 Buchst. b AGVO (nur) die erstmalige (Gründungs-)Einlage maßgeblich und sind geleistete Einlagen mit etwaigen Verlusten zu verrechnen mit dem Ergebnis, dass diese für Zwecke des Art. 2 Nr. 18 Buchst. b AGVO unbeachtlich sind?

■ **StromStV § 12b Abs 2:**

Stromsteuer, Steuerfreiheit, Anlage

**Bundesfinanzhof Az: VII R 5/24**

Stromsteuerbefreiung und Anlagenbegriff im Stromsteuerrecht: 1. Ist der Begriff der Anlage im Sinne von § 9 Abs. 1 Nr. 1 des Stromsteuergesetzes (StromStG) anders auszulegen als der Begriff der Anlage im Sinne des § 9 Abs. 1 Nr. 3 StromStG i.V.m. § 12b Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 Satz 1 der Stromsteuerdurchführungsverordnung? 2. Scheidet für Anlagen, die aufgrund der Verklammerung im Sinne des § 9 Abs. 1 Nr. 3 StromStG eine elektrische Nennleistung von mehr als zwei MW haben, aber bei der isolierten Betrachtung nach § 9 Abs. 1 Nr. 1 StromStG nur eine elektrische Nennleistung von unter zwei MW aufweisen, jegliche Steuerbefreiung aus?

■ **UStG § 1 Abs 1 Nr 1:**

Leistung, Steuerbarkeit, Schadensersatz

**Bundesfinanzhof Az: XI R 33/23**

Ist die Zahlung einer Vergleichssumme durch den Auftraggeber an den Auftragnehmer nach Streit über den Zeitpunkt der Kündigung des Vertragsverhältnisses Entgelt für eine steuerbare Leistung oder nicht steuerbarer Schadensersatz?

■ **UStG § 15 Abs 1 S 2:**

Vorsteuer, Einschränkung

**Bundesfinanzhof Az: XI R 8/24**

Wurde § 15 Abs. 1 Satz 2 UStG europarechtskonform umgesetzt? War der Europäische Rat überhaupt ermächtigt, die nichtwirtschaftliche Tätigkeit in den Regelungsinhalt des Durchführungsbeschlusses (EU) 2015/2428 mit aufzunehmen?

■ **UStG § 2 Abs 3:**

Juristische Person, Wettbewerb, Wirtschaftliche Tätigkeit, Unternehmen, Hoheitliche Tätigkeit, Innenumsatz, Organschaft

**Bundesfinanzhof Az: V R 14/24**

1. Liegen nichtsteuerbare Innenumsätze im Rahmen einer umsatzsteuerrechtlichen Organschaft vor? 2. Erbringt eine GmbH, die als Organgesellschaft dem Unternehmen einer ju-

ristischen Person des öffentlichen Rechts (Organträger) eingegliedert ist, durch Ausführung von Reinigungs-, Hygiene- sowie Wäschereileistungen eine öffentliche Aufgabe im hoheitlichen Bereich oder führt sie eine wirtschaftliche Tätigkeit aus?

Das Verfahren V R 40/19 war durch Beschluss vom 07.05.2020 bis zur Entscheidung des EuGH in dem Verfahren C-269/20 ausgesetzt. Das Verfahren wurde wieder aufgenommen.

Das Verfahren war durch Beschluss vom 26.01.2023 bis zur Entscheidung des EuGH in dem Verfahren C-184/23 ausgesetzt (erneute EuGH-Vorlage). Das Verfahren wurde wieder aufgenommen.

### ■ **UStG § 3 Abs 1b S 1 Nr 3:**

Unentgeltliche Wertabgabe, Blockheizkraftwerk, Bemessungsgrundlage, Selbstkosten, Aufteilungsmethode

#### **Bundesfinanzhof Az: XI R 15/24**

Bemessungsgrundlage von unentgeltlichen Wärmelieferungen einer Biogasanlage an andere Unternehmer<sup>1</sup>. Bemessen sich die unentgeltlichen Wärmelieferungen einer Biogasanlage an andere Unternehmer nach dem Einkaufspreis oder den Selbstkosten?<sup>2</sup>. Sind bei einer Ermittlung nach den Selbstkosten diese nach den erzielbaren Marktwerten für Strom und Wärme (sog. Marktwertmethode) oder nach dem Verhältnis der erzeugten Mengen an elektrischer und thermischer Energien in der einheitlichen Messgröße kWh (sog. energetische Aufteilungsmethode) zu ermitteln? Das Verfahren XI R 17/20 war durch Beschluss vom 22.11.2022 bis zur Entscheidung des EuGH in dem Verfahren C-207/23 ausgesetzt. Das Verfahren wurde wieder aufgenommen

### ■ **UZK Art 124 Abs 1 Buchst k:**

Zollschuld, Erlöschen, Verwendung, Zolllager

#### **Bundesfinanzhof Az: VII R 3/24**

Erlöschen der Zollschuld - Begriff der "Verwendung" im Sinne von Art. 124 Abs. 1 Buchst. k des Zollkodex der Union:<sup>1</sup>. Stellt eine über eine 'übliche Behandlung' im Sinne von Anhang 71-03 zur Delegierten Verordnung (EU) 2015/2446 hinausgehende, im Zolllagerverfahren unzulässige Behandlung einer Ware eine schädliche Verwendung dar?<sup>2</sup>. Ist eine Ware nur dann 'verwendet', wenn sie in wirtschaftlich relevanter Weise genutzt wird?<sup>3</sup>. Schließt eine bloße Verwendungsabsicht das Erlöschen der Zollschuld aus?